

Donnerstag, 13. November 2008

BKA-Gesetz im Bundestag beschlossen

Der Bundestag hat gestern das BKA-Gesetz beschlossen. Auf der Seite des Bundestages ist in einer Liste einsehbar, welche Abgeordneten dafür bzw. dagegen gestimmt haben.

Dafür stimmten alle CDU/CSU-Abgeordneten (soweit anwesend). Bei der SPD stimmten 20 Abgeordnete dagegen, 6 enthielten

sich. Von der Opposition stimmten alle Abgeordneten dagegen (wer wissen möchte, wie der "eigene" Wahlkreisabgeordnete

abgestimmt hat, kann das auf abgeordnetenwatch.de nachschauen). Von "zahlreichen Abweichlern" zu sprechen, wie es das Unabhängige Datenschutzzentrum (ULD) tut, halte ich da leider für Schönfärberei.

Netzpolitik.org

hat viele Stimmen zum Gesetz gesammelt.

Somit ist die nächste Station, die das Gesetz passieren muss, der Bundesrat. Die bayerische FDP hat mittlerweile angekündigt, dass sie (wenig verwunderlich) das Gesetz nicht unterstützen wird, was bedeutet, dass die Mehrheit für das Gesetz auf wackligen Füßen steht. Die von CDU/CSU und SPD allein bzw. gemeinsam regierten Bundesländer haben

genau die erforderliche Stimmenmehrheit. Sollte eines der SPD-regierten Bundesländer die Zustimmung verweigern, wäre

das Gesetz erst einmal gescheitert - zugegeben, kein Szenario auf das man allzu große Hoffnungen setzen sollte.

Auch wenn es in der Diskussion meist nur um die Online-Durchsuchung ging, birgt das Gesetz noch weitere Erweiterungen

der Kompetenzen des BKAs und Änderungen. Mehr hierzu im Datenschutz-Blog.

Geschrieben von Stefan in Datenschutz um 12:30

Ganz kurz: Bespitzelte Telekom auch Post-Aufsichtsrat?

Auf Welt Online findet sich eine kurze Meldung, dass die Telekom auch den ehemaligen Vize-Aufsichtsratschef der Post Rolf Büttner bespitzelt haben soll. Rolf Büttner ist auch Mitglied des Verdi-Bundesvorstands, nach den bekannt gewordenen Bespitzelungen des Telekom-Betriebsrat eine weitere Person, die nicht in die bisherige Erklärungslinie der Telekom passt, es sei nur bespitzelt worden, um die Geheimnisweitergabe an Journalisten aufzuklären und zu unterbinden.

Da die Staatsanwaltschaft Bonn heute offiziell die Betroffenen informieren will, könnte im Laufe des Tages mehr bekannt werden.

Geschrieben von Stefan in Datenschutz um 08:14

Mittwoch, 12. November 2008

Telekom-Bespitzelung zieht weitere Kreise

Mittlerweile ist es fast schon Gewohnheit: alle paar Wochen stellt die Telekom fest, dass die Angaben zum bespitzelten Personenkreis nicht zutreffend waren und entdeckt neue bespitzelte Personenkreise. Wir erinnern uns: ursprünglich waren

angeblich nur ein Journalist und ein Aufsichtsrat betroffen, dann wurden es mehrere Aufsichtsräte und Journalisten und schließlich kamen auch die Mitarbeiter hinzu.

Diese Woche ist der Telekom-Betriebsrat dran. Warum die Betriebsräte bespitzelt wurden, sagt die Telekom nicht. Eine wirklich triftige Begründung dürfte auch schwer fallen, schließlich wurden die bisher bekannten Aktionen mit an Journalisten übermittelte Interna bzw. den Datenlecks und möglichem Datenverkauf durch Mitarbeiter begründet. Wie da

jetzt der Betriebsrat reinpasst, ist nicht klar. Pikant ist aber, dass gerade der Betriebsrat das Organ ist, dass bei einer Überwachung von Mitarbeitern zustimmen müsste.

Offensichtlich informiert gerade die Bonner Staatsanwaltschaft die von der Bespitzelung betroffenen. Nicht auszuschließen, dass sich der Personenkreis nochmals erweitert.

Es bleibt also weiter spannend bei der Telekom. Warten wir ab, was noch passiert...

Geschrieben von Stefan in Datenschutz um 13:16

Bundestag debattiert über BKA-Gesetz

Nachdem am Montag schon der Innenausschuss des Bundestag dem BKA-Gesetz mit den Stimmen von CDU und SPD zugestimmt hat, folgt

heute der Bundestag. Es ist anzunehmen, dass es bei der Mehrheit der großen Koalition auch hier eine Zustimmung geben

wird. Ab 14.15 Uhr

überträgt übrigens Phoenix live aus dem Bundestag.

Unterdessen wurde die Kritik am Gesetz nur noch lauter: zu den schon vorhandenen Kritikern gesellten sich in den letzten Tagen auch Reporter ohne Grenzen sowie der deutsche Presserat, der Präsident der Bundesärztekammer Jörg-Dietrich Hoppe und die deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG).

Am Sonntag fand in Wiesbaden vor dem BKA eine Demonstration gegen das BKA-Gesetz statt und auch das Unabhängige Datenschutzzentrum (ULD) hat das BKA-Gesetz und die Ausweitung der Kompetenzen des BKAs zu einer Super-Sicherheitsbehörde kritisiert.

Auf netzpolitik.org findet sich übrigens auch der Entwurf mit den Änderungen sowie möglichen Fallkonstellationen, wann der Richtervorbehalt nicht

notwendig sein soll. Mittlerweile finden sich die Fallkonstellationen auch auf der Webseite des Bundestags, im Beschluss des Innenausschusses.

Da Verfassungsklagen gegen das Gesetz ja schon angekündigt sind, wird das Thema auf jeden Fall noch eine Weile aktuell bleiben...

Geschrieben von Stefan in Datenschutz um 12:59

Man sollte nicht alles übersetzen...

Ich lese gerade einen Artikel auf Spiegel Online, da stolpere ich über den Satz

Um das neue Angebot nutzen zu können benötigt man lediglich eine Sprechgarnitur oder eine Webcam.

Sprechgarnitur? Ja, das ist die Übersetzung von Headset, die z.B. auch leo.org ausspuckt. Webcam steht vermutlich nur da, weil sich auf leo.org keine Übersetzung dafür findet.

Ich weiß ja nicht, ob die Übersetzung auf dem Mist von dpa oder dem von Matthias Kremp gewachsen ist, trotzdem hätte

das wohl jeder mit ein wenig Englisch- und Technik-Affinität besser hinbekommen. Was spricht gegen den Satz Um das neue Angebot nutzen zu können benötigt man lediglich ein Headset oder eine Webcam.

Wer Webcam versteht, versteht auch Headset und umgekehrt, beides sind mittlerweile recht gängige Begriffe.

Auch die Verwendungshäufigkeit von Sprechgarnitur und Headset im Wortschatz-Portal der Uni-Leipzig spricht eindeutig für die häufigere Verwendung von

Headset.

Warum trotzdem Sprechgarnitur verwendet wurde, wissen wohl nur die Autoren - vermutlich aber, damit alle, die keine Ahnung vom Internet haben, den Artikel auch verstehen. Nur stolpern die dann auf jeden Fall über Webcam - und ob so jemand mit einer Sprechgarnitur etwas anfangen kann, wage ich zu bezweifeln. Im schlimmsten Fall wird es mit der Stereoanlage verwechselt. Ganz klar, die Sprechgarnitur direkt neben der Couchgarnitur...

Geschrieben von Stefan in Online-Medien um 10:56

Samstag, 8. November 2008

Ganz kurz: Bundesverfassungsgericht schränkt Vorratsdatenspeicherung weiter ein

Nachdem Thüringen und Bayern die Verwendung der Daten der Vorratsdatenspeicherung auch zur Gefahrenabwehr erlaubt

haben, hat das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Kläger die Verwendung der gespeicherten Daten weiter eingeschränkt. Die Daten dürfen nur bei einer dringenden Gefahr für Leib und Leben oder die Sicherheit des Staates verwendet werden.

Mehr bei heise.de, beim AK Vorratsdatenspeicherung und golem.de.

Geschrieben von Stefan in Datenschutz um 12:38

Freitag, 7. November 2008

Rezepte gegen den Terror: Schnelles Bundestrojaner-Menü nach deutscher Art

Nun legt die Regierung aber richtig los. Vorgestern wurde die Einigung in Sachen BKA-Gesetz verkündet und laut heise.de schon nächste Woche Mittwoch (!) soll es im Bundestag verabschiedet werden. Man setzt alles daran, dass das Gesetz Anfang 2009 in Kraft treten kann. Von "Gut Ding will Weile haben" scheinen die Regierungsparteien hier nichts zu halten. Zugegeben, das BKA-Gesetz hat schon Monate der "Weile" hinter

sich, monatelang wurden sich CDU und SPD nicht einig und warteten dann das Verfassungsgerichtsurteil zu Onlinedurchsuchungen ab.

Ein derart umstrittenes und brisantes Thema nun auf einmal "durchzupeitschen" kann eigentlich nur den Sinn haben, dass

man die Aufmerksamkeit und Diskussion auf ein Minimum begrenzen will.

Warum?

Im Beitrag von netzpolitik.org ist das gut zusammengefasst, ich würde das

eigentlich nur wiederholen. Auf golem.de

findet sich noch Kritik des Providerverbandes eco sowie der Linken, bei Spiegel

Online auch noch Kritik des deutschen Richterbundes.

Wäre das Thema nicht so ernst, wäre es ja fast schon amüsant, dass es eine Regelung für Gefahr im Verzug geben soll, bei der nicht ein Richter, sondern der Präsident des BKAs über eine Online-Durchsuchung entscheidet - obwohl der derzeitige BKA-Präsident Ziercke erst vor ein paar Tagen gesagt hatte, dass jede Online-Durchsuchung auf den Einzelfall

genau abgepasst werden müsste.

Wichtig sei die Eilbefugnis des BKA-Präsidenten. Es könne nicht angehen, dass bei schnellen Einsätzen

die ganze juristische Leiter auf- und abgeklettert werden müsste. Gleichzeitig merkte er an, dass jede Online-Durchsuchung ein sorgfältig programmiertes Unikat sein werde, weil jeder Rechner andere Virens Scanner, Firewalls

oder Spyware-Sucher aufweisen würde, die überlistet werden müssten. (Artikel auf heise.de)

Malen wir uns das Szenario doch mal aus. Wir schreiben das Jahr 2012, ein sonniger Sonntag im Mai. Die Online-Durchsuchung ist seit 3 Jahren gesetzliche Tatsache. Das Handy des BKA-Präsidenten klingelt.

BKA-Präsident: "Ja?"

Abteilungsleiter: "Ich müsste Sie kurz sprechen. Wie sie wissen beobachten wir jetzt seit 6 Monaten diese mutmaßliche Terroristengruppe in Oberfranken. Abgehört werden sie ja auch, da haben wir ja den Beschluss vom Ermittlungsrichter bekommen. Auf den letzten Bändern fand sich nun der Hinweis, dass die Anschlagpläne auf dem heimischen Computer von Alois F. liegen. Wir brauchen die Online-Durchsuchung, wir wissen ja schon seit 8 Wochen, dass

sie in ein paar Tagen zuschlagen wollen."

BKA-Präsident: "Dann ist ja höchste Eile geboten und Gefahr im Verzug. Natürlich, ich unterzeichne das Dokument sofort, sie haben mir den Antrag ja schon vor 14 Tagen zukommen lassen. Das Datum von heute trage ich noch

ein. Der Bundestrojaner ist auch einsatzfähig?"

Abteilungsleiter: "Natürlich. Wir haben ja schon vor 3 Monaten ein Backup der Festplatte von Alois F.

gemacht und uns sein Betriebssystem angeschaut. Die Lücken sind bekannt und die Videoüberwachung zeigt ja, dass er

immer noch Windows 7 benutzt. Seinen spezifischen Trojaner nennen wir hier intern schon immer "Naseweiser Norbert". Wir

können loslegen."

BKA-Präsident: "Gut, dann mal fröhliches Wühlen!"

Soviel zum Thema Gefahr im Verzug. Verfassungsklagen sind auch schon angekündigt, Gerhart Baum von der FDP und Renate Künast

von den Grünen wollen das BKA-Gesetz vor dem Verfassungsgericht zu Fall bringen.

Geschrieben von Stefan in Datenschutz um 10:52

Donnerstag, 6. November 2008

Ganz kurz: T-Mobile Deutschlandchef tritt zurück

Aufgrund des Datenlecks bei T-Mobile, bei dem sämtliche Kundendaten von T-Mobile über das Internet abrufbar waren, ist der T-Mobile-Chef Philipp Humm von seinem Amt als Sprecher der Geschäftsführung des Telekom-Konzerns zurückgetreten.

Mehr u.a. bei futureZone, heise.de und Spiegel Online.

Geschrieben von Stefan in Datenschutz um 11:58

Montag, 3. November 2008

Ganz kurz: Hoppla, da fehlt mal wieder ein USB-Stick

Mittlerweile ist es fast schon bedauerlicher Alltag: in Großbritannien ist zum wiederholten Mal ein Datenträger verloren gegangen. Auf einem öffentlichen Parkplatz fand sich ein USB-Stick mit Zugangsdaten und Quellcode einer Regierungsseite, auf der z.B. Steuererklärungen und Kindergeldanträge eingestellt werden können. Die Seite wurde vorerst geschlossen.

Mehr bei Spiegel

Online und heise.de.

Geschrieben von Stefan in Datenschutz um 20:47